

Antrag A3

Antragsteller:

Kreisverband Wesel der

Mittelstands- und Wirtschaftsunion NRW

Die 25. Landesdelegiertenversammlung der MIT NRW möge beschließen:

Rohstoffabgabe stoppen – zirkuläre Wirtschaft stärken

Die MIT Nordrhein-Westfalens fordert, dass die in Nordrhein-Westfalen zum 01.01.2024 geplante Rohstoffabgabe nicht eingeführt wird.

Begründung:

Die Baukonjunktur leidet derzeit unter einem großen Nachfragerückgang und die vielfachen politischen Ziele zur Beschleunigung des Wohnungsbaues rücken in weite Ferne. Die Gründe dafür sind vielfältig und lassen sich neben den gestiegenen Bauzinsen vor allem in der deutlichen Verteuerung der Baumaterialien finden. In diesem schwierigen Umfeld plant die aktuelle Koalition in Nordrhein-Westfalen die Einführung einer Rohstoffabgabe auf Kiese und Sande. Dabei sind Steuersätze auf unsere unverzichtbaren heimischen mineralischen Rohstoffe in Höhe von 20% auf den Verkaufspreis im Gespräch. Da der Bedarf nach mineralischen Rohstoffen wegen der überall notwendigen Investitionen in die marode Infrastruktur weiter groß sein wird, denn die öffentliche Hand benötigt ca. 60% der Baurohstoffe selbst, wird durch eine solche Abgabe nicht der Nachfrage verringert, sondern nur der Preis in die Höhe getrieben. Das Bauen wird am Ende wahrscheinlich um die erhobene Abgabe teurer.

Von der Koalition war aber damit beabsichtigt, die Verwendung recycelter Materials zu fördern. Dies ist jedoch nicht notwendig, weil die Recyclingbaustoffe bereits heute deutlich günstiger am Markt zu beschaffen sind, als die sogenannten Primärbaustoffe (Kiese, Sande, Quarze und Naturstein). Wenn diese nun noch günstiger würden, kann das keine Wirkung erzielen, da es keinen Preiseffekt gibt. Außerdem gibt es nicht ausreichend Material aus Abbrüchen, damit die Marktnachfrage in Nordrhein-Westfalen gedeckt werden kann. Obwohl ca. 90% der Bauabfälle recycelt werden, sind damit nur ca. 15% der Bedarfe an Baustoffen zu decken.

So würde eine neue landesgesetzliche Abgabe nur Aufwand und Bürokratie erzeugen, aber keine Wirkung für die stärkere Verwendung von Recyclingmaterial entfalten können.

Stattdessen wünschen wir uns die stärkere Unterstützung der zirkulären Wirtschaft. Die recycelten Baustoffe dürfen nicht länger als Abfall angesehen werden und müssen auch in öffentlichen Ausschreibungen gleichwertig berücksichtigt und dann auch eingebaut werden. Diese sogenannten Sekundärbaustoffe konkurrieren nicht mit den Primärbaustoffen, sondern beide stehen nebeneinander am Markt. Ein staatlicher dirigistischer Eingriff ist also nicht erforderlich und würde an den Landesgrenzen zu Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zu starken Benachteiligungen der nordrheinwestfälischen Betriebe wegen der dann bis zu 20% teureren Ware führen.

Votum der Antragskommission:

Annahme